Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 30

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Englisches Ausweichen in Ostasien

Ein halbes Jahr nach dem „Friedensschluß von München" gab es Leute, die etwas von Politik verstehen, welche sagten: „Chamberlain hat Hitler und Mussolini erwischt." Was heute in Tokio vor sich gegangen, sieht einem „Friedensschluß" mit ganz ähnlichen Folgemöglichkeiten sehr ähnlich. Wir sind der Ansicht, es sei nicht nur übertrieben, von einer „Kapitulation Englands" im Fernen Osten zu sprechen, sondern durchaus falsch, an derlei Absichten oder Notwendigkeiten zu denken. Ein Blick auf die Gesamtlage vermag das klar zu machen.

Erstens laufen immer noch die Verhandlungen zwischen Russen und Engländern, wie sagenhaft sie uns auch vorkommen mögen. Rußland ist zäh, mißtraut Chamberlain, möchte am liebsten seine Regierung stürzen und Churchill an seiner Stelle sehen. Die fernöstlichen Probleme spielen nur angeblich nicht in die Verhandlungen über Europa hinein. Die Festigkeit, die England gegen Japan an den Tag legen würde, müßte die Russen überzeugen, daß England ein un-„zweideutiges Spiel" spiele, daß es Tschang Kai Scheck stütze, die prorussische Partie genommen und gar nicht mehr anders könne, als mit China-Rußland gegen Japan zu gehen. In diesem Falle läßt sich London, so muß man in Moskau schließen, noch allerhand abmarkten; sein totales „Verschriebensein" kann weitgehend ausgenützt werden.

Sehen die Russen aber, daß England gegenüber Japan die eine oder andere Geste tut, ohne sich den Forderungen der Invasionsarmee in China völlig zu beugen, dann muß das die Herren im Kreml nachdenklich machen, muß sie an die „alten Zeiten" erinnern, jene Zeiten des russisch-japanischen Krieges, als England und Japan noch als dicke Freunde galten. Damals sah es England äußerst gern, daß Japan dem Zarenreich die brauchbaren Häfen am stillen Ozean wegnahm. Wer weiß, es würde auch heute höchst ungern ein siegreiches Rußland und ein geschlagenes Japan sehen?

Wenn es vielleicht in den nächsten Zeiten in den Moskauerverhandlungen ein wenig rascher gehen wird als bisher, dann vielleicht gerade wegen der britischen Gefälligkeiten gegenüber Japan. Es ist etwas ganz anderes, dieses „Gefälligsein", als es eine wirkliche Kapitulation wäre, und niemand wird diesen Unterschied besser machen können als die Russen. Nur eine Kapitulation würden sie als britische Altersschwäche ansehen. Das andere, die geschmeidige Anpassung an die augenblicklichen Machtverschiebungen, bedeutet eine kleine Warnung an die Russen: Unter Umständen können wir auch anders. Also bitte, schraubt die Forderungen nicht noch höher.

Was hat denn eigentlich Japan von England erreicht? Im Wesentlichen das Zugeständnis, daß sich in den Machtverhältnissen dies und das geändert habe, und daß man die Bedürfnisse der Invasionsarmee nicht extra schädigen werde. Aber alles nur „für die Dauer der militärischen Operationen". Die Einzelheiten des Tokioter Abkommens sind samt und sonders weniger wichtig als dieser kleine Satz mit seiner charakteristischen Wendung: „Während der Dauer der militärischen Operationen". Schon muß Japan feststellen, daß Chamberlain im englischen Unterhaus auf eine Anfrage erklärt, es sei nicht wahr, daß England die japanische Herrschaft über die besetzten Gebiete anerkenne. Und es wird in den nächsten Wochen feststellen, daß die freundschaftlichen Besprechungen und Versprechungen nicht verhindern, was eben verhindert werden müßte: Die weiteren Beziehungen Londons zur chinesischen Nationalregierung. Es ist die Rede von einer britischen Anleihe an diese Regierung; mag auch der chinesische Silberdollar fallen und die Belieferung des Landes mit fremden Rohstoffen noch mehr erschweren . . . im Grunde ändert das nichts an der großen Verschiebung der Kriegslage, der wir in den letzten drei Monaten beigewohnt haben.

Aus dem verdächtigen Satze: „Für die Dauer der militärischen Operationen" läßt sich alles herauslesen. Sogar, daß England annehme, diese Operationen könnten binnen gewisser Fristen auf eine Weise beendet werden, die Japan lieber nicht voraussieht!

Es ist natürlich schwer, zu sagen, wie weit die Chinesen heute in der Selbstversorgung ihrer Armee aus dem neuen Szetschwaner-Industriegebiet fortgeschritten sind, und wie weit die Autostraßen nach den russischen Metallindustriezentren an der mongolischen Grenze fertig geworden. Das britische Interesse, weder Japan als Barriere gegen die russische Allmacht im Pazifik verschwinden zu sehen, noch China wirklich von Japan auffressen zu lassen, läßt annehmen, man wisse um beide Möglichkeiten der chinesischen Versorgung, und eben deshalb sei man sehr lau gegenüber der japanischen Küstenblokade und versuche, die Entscheidungen zu vertagen.

Was die britischen Zugeständnisse an Japan gefährlich macht, das ist die Rückwirkung auf die totalitären Mächte in Europa; die gefährlichen Ansichten, als ob man sich in London alles bieten lasse, gewinnen neuen Auftrieb. Das ist natürlich eine böse Fehlrechnung und kann zu bösen Streichen verleiten. Berlin und Rom, vor allem Rom, müßten sich sagen, daß England in Ostasien nicht so geschmeidig auswiche und die Entscheidungen vertagen würde, wenn es nicht eben die europäischen Händel wichtiger als die asiatischen nähme. Sie müßten überlegen, daß London auf längste Fristen rechnet und sehr real überlegt: In Asien besorgt auf jeden Fall das nicht geschlagene China vorderhand das, was man die „Festlegung Japans" nennt; wozu soll sich England mehr als notwendig engagieren?

Es wird für die Engländer wichtiger als alles andere sein, die chinesischen Nationalisten wissen zu lassen, was sie vom gegenwärtigen Ausweichen zu halten haben. Die Unterredungen des britischen Außenministers Halifax mit dem chinesischen Botschafter in London werden sich um diese tatsächliche Bedeutung der britischen „Anpassung" . . . um die Auslegung des Satzes: „Für die Dauer der militärischen Operationen", drehen!

Sensation aus Spanien

Es war schon längere Zeit ein offenes Geheimnis, daß zwischen der „Phalange" und den andern Parteien des Francolagers Differenzen bestanden. Nun ist eine kleine Bombe geplatzt, und die Gerüchte surren herum wie ein Bienenschwarm. Schon sehen die boshaften Gegner des „Caudillo" Franco eine neue Offiziersrevolte und den Zerfall der Bürgerkriegsfront, die soeben den Sieg erfochten. Man wird gut tun, keine Nachricht unbesehen durchgehen zu lassen. So weit ist man heute noch nicht, und es ist zweifelhaft, ob irgendwelche Bewegung heute die nötige Gefolgschaft in den Massen fände: Das Erlebnis wirkt in seiner ganzen Furchtbarkeit nach; man kann darauf schwören.

Was sicher steht, ist die Entlassung des Generals Queipo de Llano. Er soll sich bis Mitte der Woche in Burgos, und zwar in einem Hotel, aufgehalten haben, gewissermaßen „konsigniert" sein und sich bei dem und jenem Minister, so bei General Jordana, zeigen. Die Nachrichten von seiner Flucht nach Frankreich erwiesen sich bis auf weiteres als Enten. Der Grund seiner Entlassung scheint auch klar zu liegen: Er hielt eine seiner losen Reden, in welcher er von Profiteuren des Sieges sprach, die man wegjagen müßte. Unter diesen Profiteuren verstand er, wenn man seine Einstellung abwägt, wahr-

scheinlich gewisse Elemente der „Phalange", die am meisten fascistisch agiert und durchaus im Schlepptau Mussolinis und Hitlers politisiert. Solche Reden gefallen nun Franco bestimmt nicht, noch weniger dem eigentlichen Führer der pro-italienischen Richtung, dem Innenminister Serrano Suñer, Francos Schwager. Ihn will, nach britischen Meldungen, Franco zum Chef des Kabinetts machen, oder zum „Präsidenten", wenn solche Pläne überhaupt bestehen. Die monarchistischen Kreise, der karlistische Norden, die Requetes, der Grundbesitz aber möchten Außenminister Jordana an der Präsidentenstelle sehen. Jordana ist es offenbar, der de Llano vor seinen Gegnern zur „Rechten" schützen will und ihm einen „sanften Abgang" sichert . . . deshalb Queipos Konferenzen mit ihm, die trotz seiner halben Haft möglich waren.

Es hieß, auch der berühmte Oberst Yague, der Toledo entsetzte und bei Oviedo und wieder in Aragonien mit den Mauren angriff, sei in Queipos Sturz verwickelt. Von einer Verhaftung dieses erstklassigen Militärs hat man aber nichts Sicheres erfahren. Was feststehen dürfte, wäre die Absetzung des Chefs der „ABC", die Queipos Rede abdruckte, und seine Ersetzung durch einen echten Fascisten. Und was ebenfalls nicht bestritten wird, ist die Umorganisation der Armee, und Hand in Hand damit die Besetzung der Kommandos mit „sichern Leuten" Francos. Queipo forderte die „Macht für die Armee" . . . Franco scheint diese Macht nicht zu fordern, sondern zu nehmen. Im übrigen muß er lavieren. Er läßt seinen General Aranda einem Zeitungsmenschen sagen, man wolle „sowohl" mit den Briten, „als auch" mit den Totalitären Freundschaft halten . . . und in einem kommenden Kriege werde Spanien neutral sein . . . aber nicht blind. Eigentlich müßte Ciano nach seinem Besuch in Spanien andere Erklärungen verdient haben. Werden sie reifen, wenn Franco demnächst Rom besucht?

Und immer wieder die Landwirtschaft

Im „Dörfli" der Landesausstellung besprachen sich die Delegierten des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten und berieten über die neuen Beschlüsse betreffend Milchpreis ab 1. August. Die Sorge, die man aus der Resolution dieser Delegierten heraushört, kann nicht unterschätzt werden. Es wurde festgestellt, daß die Stützungsmittel nicht ausreichen, um für den Produzenten wieder 19½ oder gar 20 Rappen pro Liter Milch herauszubringen. Der Fragenkern liegt also bloß: „Stützungsmittel". Mit andern Worten: Die neuen Millionen, welche die Bauern entweder (wenn es ohne Stützung gehen soll), aus der gesamten Volkswirtschaft „herauswirtschaften" sollen, um zinsen zu können . . . oder welche ihnen in anderer Form (also durch „Stützung", auf staatlichen Umwegen) zugeschanzt werden müssen. Im einen Fall bezahlt der Konsument, auch der ärmste, aus seinem Portemonnaie direkt, in welchem Milch steckt. Im zweiten Falle bezahlt er „indirekt", als Steuerzahler, und wenn es eidgenössische Zollgelder sind, die in die Kassen der Bauern wandern, dann muß wieder der letzte Konsument mitbezahlen helfen.

Wir sind der Ansicht, und wir haben sie öfters ausgesprochen, daß die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte endlich nach einer Lösung rufen, die aus dem ewig wiederholten Spiel herausführen, das da beginnt mit dem Ruf nach neuen Stützungsmitteln, weitergeht mit verschleppendem Hin- und Hermarkten zwischen Verbänden und Behörden, und schließlich mit der resignierten Bewilligung von so und soviel, „aber diesmal endgültig und zum letztenmal", endet, um bald darauf mit der Konstatierung einer neuen Gefahr, einer neuen Drohung mit der Lawine landwirtschaftlicher Zusammenbrüche zu beginnen.

Es ist wohl eine Binsenwahrheit, daß der Kampf der bäuerlichen Verbände um das Einkommen des Bauern, mag er auch bis heute mit immer neuen finanziellen Beanspruchungen staatlicher Mittel geendet haben, eine Notwendigkeit war. Die Kreise, welche ihr Geld in landwirtschaftlichen Hypotheken angelegt haben, mögen sich nur einmal überlegen, wieviel ihnen übrig bliebe, wollten die Bauern morgen auf ihr notwendiges Einkommen verzichten, um sich mit einer Zinsenverweigerung schadlos zu halten. Der bäuerliche Einkommenskampf war zugleich ein Kampf um die Grundlagen all der Millionen . . . nein, Milliarden, die ihre Zinsen aus einer zur Not rentierenden Landwirtschaft ziehen. Zwischen einer ganzen Schicht von Sparern und den Bauern besteht eine Interessengemeinschaft, die uns deutlicher zum Bewußtsein kommen müßte.

Wären wir einmal so weit, daß uns immer das Ganze klar vor Augen läge, wir würden auch einsehen, daß diese im Grunde von Fall zu Fall erfolgenden „Stützungsaktionen" in eine dauernde Sicherung des ganzen Bauerneinkommens übergeführt werden müßten . . . Preise, Subventionen, aber auch Schulden und Zinshöhen müßten als Ganzes aufgefaßt und so geregelt werden, daß sie „stabil" blieben, ohne die immerwährend notwendige Anpassungsfähigkeit zu verlieren.

Am letzten Sonntag haben in Spiez die Viehzüchter getagt, und einer der Redner hat festgestellt, daß „die Not mit einer Größe und Konzentration wie noch nie auf die Berggegenden losmarschiere". Das stimmt, und die Rufe, die man nach Bern richtete, mahnen zum Aufsehen. „Irgendein frivoler Nationalrat", so wurde nach der Tagung zitiert, habe diese Not in Abrede gestellt. Sie ist in der Tat nicht in Abrede zu stellen. Aus den Reden der Tagung geht hervor, daß es der Absatz von Zuchtvieh im Flachland wäre, der den Bergbauern, vor allem den Züchtern, aus ihrer Lage hülfe. Aber dieser Absatz im eigenen Unterland hängt wieder mit der Gesamtsituation zusammen . . . mit der Notwendigkeit, die Viehhaltung zu beschränken . . . man soll ja das Land nicht mit Milch überschwemmen . . . und die Folgen des Seuchenzuges mit seinen schweren Geldschäden tun natürlich ein übriges. Es ist hier sicher nicht mit „bürokratischer Staatshilfe" jeder Schwierigkeit zu begegnen, aber das müße man anerkennen, daß grundsätzlich diese Hilfe als ständige, nicht nur zufällige Aufgabe gestellt sei. So wie wir gewisse Industrien oder Gewerbe oder sonstige Produktionszweige, die unter übermäßiger fremder Konkurrenz zusammenbrächen, durch Schutzzölle sichern, so müssen wir die Bewirtschaftung gewisser Gegenden, die größere Opfer verlangen, ebenfalls durch bestimmte Maßnahmen ständig sichern . . . daran ist nicht zu rütteln. Es geht gerade hier nicht mit der sogenannten „freien Konkurrenz", wo schon die Höhenlage oder die Steilheit einer Halde die Bedingungen des Daseinskampfes bis zur Ausschaltung jeder Konkurrenzmöglichkeit verändern. Da uns aber jedes Stück unseres Bodens wert sein muß, haben wir gewissermaßen „den schwächern Boden zu schützen" . . .

Um ein Referendum

Ein Referendum läuft . . . Unterschriften werden gesammelt . . . Nämlich Unterschriften gegen die neue Besoldungsordnung des Eidgenössischen Personals, eingeschlossen die Sanierung der Versicherungskassen. Es sind diesmal nicht jene, die finden, dem Personal sei zu viel zugeschanzt worden, welche zu den Unterschriftenbogen greifen. Es sind Kreise, die es mit den Eidgenössischen „besser meinen" als ihre Verbandsleitungen . . . So sieht es aus.

Man wird gut tun, sich diese Bogen anzusehen und nicht etwa unbesonnen seinen Namen für eine Sache zu geben, die überflüssigerweise „Bewegung" bringt, (so gesund Bewegung an sich auch sein mag). Denn erstens haben wir momentan allerlei andere Sorgen . . . die Ergänzung unserer Landesvorräte für den Kriegsfall beispielsweise sollte ganz anders vorwärts getrieben werden, als sie es wird. Und zweitens gilt es festzuhalten, daß die neue Ordnung ein Verständigungswerk zwischen Bundesrat und Personal darstellt, und wo man sich in ehrlichem Bemühen verständigt hat, sollte niemand mehr meckern. Man überlege sich im übrigen die Folgen eines siegreichen Referendums: Die ganze Neuregelung müßte dieselben Klippen nochmals durchsegeln! —an—